

**TOP 1 Hebelgymnasium - Amphitheater
Vorlage: 599/2008**

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Dr. Pörtl führt das Gremium in das Thema ein. Er führt aus, dass die geplante Maßnahme ursprünglich mit einem Kostenaufwand von 60.000 EUR geschätzt wurde. Der Freundeskreis des Hebelgymnasiums bringt als Kostenbeitrag 30.000 EUR auf, die zur Realisierung der Maßnahme verwendet werden sollen. Das Ausschreibungsergebnis führte nunmehr erfreulicherweise zu einer Punktlandung. Das günstigste Angebot gab die Firma Becker mit Sitz in Zuzenhausen in Höhe von 59.763,57 € ab. Die Fa. Becker ist bereits mit der Erstellung der Außenanlagen für die Mensa des Hebelgymnasiums beauftragt. Darauf ist offensichtlich das günstige Angebot zurückzuführen, da die konkurrierenden Bieter bspw. Kosten für Baustelleneinrichtung kalkulieren mussten. Ohne weitere Diskussion wurde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Beschluss:

1. Die Firma Becker GmbH, Zuzenhausen erhält den Auftrag zur Herstellung eines Amphitheaters im Schulhof des Hebelgymnasiums zum Angebotspreis in Höhe von brutto 59.763,57 EUR.
2. Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 59.763,57 EUR wird zugestimmt.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 2 Antrag auf immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung für die Errichtung und Betrieb eines Steinkohleblocks auf dem GKM-Gelände in Mannheim-Neckarau
Vorlage: 600/2008

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Dr. Pörtl verweist auf die gemeinsame Fahrt aller interessierten Gemeinderatsmitglieder zum GKM-Gelände. Er betont, dass die Vertreter der Stadtverwaltung Schwetzingen und die Gemeinderäte dort umfassend informiert wurden. Was ihn erstaunte war die Tatsache, dass trotz Abschaltung zweier alter Heizblöcke das gesamte CO₂-Aufkommen durch die neue Ersatzanlage steigt. Er verweist darauf, dass ohne den Umbau des Heizkraftwerks, die Pläne für eine Ausweitung des Fernwärmenetzes nicht möglich sind. Der Verwaltungsvorschlag basiert darauf, dass die Bewohner der Stadt Schwetzingen nicht unmittelbar von den Auswirkungen der Baumaßnahme betroffen sind, und dass es der Stadt Schwetzingen nicht gut zu Gesicht steht, gegen ein rechtlich zulässiges Vorhaben zu klagen. Auch **Stadtrat Imhof** zeigt sich erstaunt, dass der CO₂-Ausstoß der Kraftwerksanlage steigt. Nach Abwägung aller Gesichtspunkte sei die CDU-Fraktion jedoch zum Ergebnis gelangt, dass man das Vorhaben nicht verhindern kann. Für seine Fraktion steht im Vordergrund, dass das Vorhaben eine Modernisierung eines bestehenden Großkraftwerks beinhalte. Ob die Kapazitäten erforderlich sind, ist von Seiten des Gemeinderats sicher nicht überprüfbar. Der Vorteil des neuen Blocks ist darin zu sehen, dass dieser auf den neuesten Erkenntnissen und dem neuesten Stand der Technik basiert. Zum Schreiben von Stadträtin Maier-Kuhn möchte er bemerken, dass es Sache der Gerichte ist, zu klären, ob das Bauvorhaben rechtlich zulässig ist. **Stadtrat Bauer** schließt sich der Auffassung an, dass die rechtliche Beurteilung der Zulässigkeit eines solchen Vorhabens den Gerichten und nicht einem Gemeinderatsgremium zusteht. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Stadt Mannheim die rechtliche Seite prüfte. Dieser Auffassung schließt sich auch **Stadtrat Dr. Grimm** an. Maßgebliche Werte der TA-Luft werden nicht überschritten, daher hat die Stadt Schwetzingen keine Handhabe. **Stadtrat Oliver Völker** stellt die Frage nach den deutschlandweiten Auswirkungen des erhöhten CO₂-Ausstoßes durch das geplante Vorhaben. **Bürgermeister Dr. Pörtl** verweist auf das Kyoto-Protokoll und darauf, dass der CO₂-Ausstoß deutschlandweit insgesamt gedeckelt ist, und die Realisierung des Vorhabens daher zwingend die Abschaltung anderer alter CO₂ ausstoßender Anlagen in Deutschland nach sich zieht. **Stadträtin Maier-Kuhn** erläutert ihr Schreiben vom 23.09.2008 dahingehend, dass wohl formaljuristisch gegen das Vorhaben keine Einwände vorgebracht werden können, jedoch parteipolitisch das Vorhaben für die Grünen nicht darstellbar ist, da die Zukunft nicht der Kohle sondern anderen erneuerbaren und regenerativen Energien gehört. Der geplante Block 9 bindet für eine Dauer von 50 Jahren Kapital, das sinnvollerweise in die Weiterentwicklung erneuerbarer und regenerativer Energien verwendet werden könnte. Daher würde sie als Vertreterin der Fraktion der Grünen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen.

Stadtrat Nerz schließt sich der Auffassung der überwiegenden Mehrheit des Gremiums an, auch wenn er persönlich selbst sehr für den Ausbau von erneuerbaren und regenerativen Energiequellen ist. Die erneuerbaren und regenerativen Energiequellen bieten bislang jedoch noch keine ausreichenden Kapazitäten.

Beschluss:

Die Stadt Schwetzingen erhebt gegen die geplante wesentliche Änderung der bestehenden Kraftwerksanlage Mannheim-Neckarau und gegen den Bau und Betrieb des Steinkohleblocks 9 auf dem Gelände des Großkraftwerks Mannheim keine Einwendungen.

Ja 10 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3 **Barrierefreie Erschließung Rathaus** Vorlage: 598/2008

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erinnert daran, dass es derzeit für Behinderte schwierig ist, alle Amtsräume im Rathaus zu erreichen. Dies gilt beispielsweise auch für den Besuch öffentlicher Gemeinderatssitzungen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus, sind bereits mehrfach aus den Reihen des Gemeinderates Anträge gestellt worden, das Problem der fehlenden Barrierefreiheit im Rathaus der Stadt Schwetzingen zu lösen. Er bittet daher das Gremium um Zustimmung für eine architektonische Untersuchung einer Lösung. Im Haushalt 2008 habe das Gremium 50.000 EUR zur Durchführung dieser Untersuchungen eingestellt. Im Haushalt 2009 sind weitere 200.000 € vorgesehen, so dass für die Maßnahme insgesamt 250.000 € bereitstehen. Eine belastbare Kostenschätzung gebe es jedoch noch nicht. **Stadtrat Imhof** fragt nach, ob der Planungsauftrag auch von den bisherigen Gemeinderatsbeschlüssen gedeckt ist, und ob funktionelle Alternativen zu einer Aufzugsanlage geprüft würden. **Der Vorsitzende** und **Stadtbaumeister Welle** bestätigen dies.

Stadträtin Maier-Kuhn möchte wissen, ob die Barrierefreiheit ab Erdgeschoss oder Hofniveau hergestellt würde und ob durch den Aufzug jedes Stockwerk des Rathauses erreicht werden könne. **Bürgermeister Dr. Pörtl** bejaht dies grundsätzlich. Auf Nachfrage von **Stadtrat Muth**, bestätigt **Bürgermeister Dr. Pörtl**, dass der Finanzrahmen festgelegt worden sei. **Stadtrat Bauer** sieht darin eine Beschneidung der Freiheit des planenden Architekten hinsichtlich der Entwicklung von alternativen Lösungen. **Herr Welle** teilt mit, dass im Vorfeld mit dem Architekten, die wahrscheinlich einzig mögliche Realisierungsalternative in Form eines Aufzugs abgesprochen sei. **Stadträtin Maier-Kuhn** will wissen, wie die Barrierefreiheit für Besucher des Stadtarchivs hergestellt werden soll. **Der Vorsitzende** und **Herr Welle** teilen mit, dass diese notwendige Ergänzung ebenfalls Bestandteil des Untersuchungsauftrags sei und notfalls durch eine anlegbare Rampe realisiert werden soll. **Stadtrat Müller** erinnert daran, dass das Vorhaben zahlreichen Anträgen der Gemeinderatsfraktion der SPD entspringt.

Beschluss:

1. Das Architekturbüro Christopher Ansorge, Schwetzingen wird mit der Planung der Leistungsphasen 1-4 HOAI (Entwurf inkl. Kostenberechnung und Genehmigung) zur barrierefreien Erschließung des Rathauses beauftragt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge mit dem Architekturbüro Christopher Ansorge und ggf. weiteren Fachplanern abzuschließen.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

4.1 Beschränkung Alter Messplatz

Bürgermeister Dr. Pörtl informiert das Gremium darüber, dass die Beschränkung des Alten Messplatzes so erfolgte, dass es für Pkw schwierig ist, den Parkplatz anzufahren. Die Verwaltung nahm zwischenzeitlich Kontakt mit dem Betreiber der Parkanlage auf. Eine mögliche Lösung soll mit allen Beteiligten zeitnah gefunden werden. **Stadtrat Muth** regt an, bei der Lösung auch an die Busse zu denken. Für die Fahrer der Busse sei die Anfahrtsituation ebenfalls schwieriger geworden. **Herr Roth** teilt mit, dass eine Verbesserung der Anfahrtsituation für die Pkw, auch automatisch eine Verbesserung der Anfahrtsituation für die Busse nach sich ziehen würde. **Stadtrat Bauer** stellt die Frage nach der Verantwortung für die mangelhafte Realisierung der Parkplatzzufahrt und erkundigt sich nach der Kostentragung für die Änderung. **Bürgermeister Dr. Pörtl** geht davon aus, dass derjenige die Mehrkosten zu tragen hat, der die Schrankenanlage errichtet habe. In vorliegendem Falle sollte dies der Betreiber sein.

4.2 Zähringerstraße

Stadtrat Imhof berichtet über Klagen von Anwohnern der Zähringerstraße, über das zu schnelle Einfahren stadteinwärts. Er regt an, die Beschilderung in diesem Bereich zu überprüfen. Insbesondere sollte das Ortsschild sowie die Geschwindigkeitsanzeige weiter in Richtung Ortsrand versetzt und ein Warnschild „Vorsicht Radar“ aufgestellt werden. **Der Vorsitzende** sagt zu, dass die Verkehrsschau sich mit dem Thema beschäftigen wird. In diesem Zusammenhang erwähnt **Bürgermeister Dr. Pörtl**, dass er es für sinnvoll erachte, nach Neuordnung des innerstädtischen Straßennetzes über die Aufstellung von stationären Geschwindigkeitsmessanlagen in Nähe von Schulen nachzudenken.

4.3 Kurpfalzring Bauzeitenplan

Stadtrat Muth erkundigt sich nach dem Bauzeitenplan für die Baumaßnahmen im Kurpfalzring. Er regt an, die geplante Bepflanzung nochmals auf ihre Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Ihm schwebt eine Bepflanzung in diesem Bereich vor, die aus Richtung Plankstadt zu einer optischen Torsituation führt. **Frau Schellhorn** teilt mit, dass nach den derzeitigen Planungen, die Baumaßnahme Ende November 2008 abgeschlossen wird. Die geplante Bepflanzung und deren möglichen Korrektur wird überprüft.

4.4 Voltairestraße Abwasserkanal

Stadtrat Müller berichtet von einem funktionslosen Abwasserkanal in der Voltairestraße. **Herr Lengler** ist der Auffassung, dass dieser Abwasserkanal nicht funktionslos sein kann. Der Eindruck, dass der Kanal nicht an das übrige Kanalnetz angeschlossen ist, kann dadurch entstehen, dass der Kanal nur in eine Richtung zum übrigen Kanalnetz hin verläuft.

4.5 Lunéviller Straße Kanalbaumaßnahme

Stadträtin Maier-Kuhn berichtet von zahlreich genervten Anwohnern der Lunéviller Straße, die von den Immissionen der dortigen Kanalbaumaßnahme betroffen sind. Den Bewohnern sei der Bauzeitenplan nicht bekannt. **Bürgermeister Dr. Pörtl** empfiehlt, dass die Anwohner direkt mit dem Bauamt Kontakt wegen dem Stand der Baumaßnahme aufnehmen sollen. Er ist sicher, dass die Anwohner seitens des Bauamts eine kompetente Antwort hinsichtlich des Standes der Maßnahme erhalten würden.

